

Jedes Deserteur-DENK-Mal ist ein Antikriegsimpuls

Über DENK-Zeichen und DENK-Orte, die an Verweigerung erinnern
und zum Frieden mahnen

Gerade in Zeiten von Kriegstreiberei und Aufrüstung ist es dringend notwendig, Alternativen aufzuzeigen und öffentlich sichtbar an mutige Widerstandshandlungen zu erinnern. Lange Zeit war das Gedenken an Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und andere Opfer der NS-Militärjustiz, die verfolgt wurden, weil sie sich dem staatlich befohlenen Morden entzogen oder entgegenstellten, gesellschaftlich verpönt. Dass es nach langen und oft zähen Bemühungen zunehmend Ausdruck in antimilitaristischen Denkmälern gefunden hat, schildert Günter Knebel in seinem Überblick für die Graswurzelrevolution. (GWR-Red.)

„Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.“ (1) Mit seiner Regierungserklärung, die mit Beifall von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages aufgenommen wurde, hat Bundeskanzler Scholz für Deutschland eine neue Phase militärischer „Stärke“ angekündigt. Die ohnehin immensen Aufwendungen für Rüstung und Militär sollen ab sofort durch zusätzliche Sonderausgaben und Erhöhung der jährlichen Haushaltsansätze noch gesteigert werden. Zu befürchten ist: Folgen für die innere und äußere strukturelle Befindlichkeit der Bundesrepublik dürften unabweisbar sein, auch wenn Scholz später relativierend erklärte: „... wir wissen, wofür wir einstehen, auch angesichts un-

serer eigenen Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.“ (2)

Vor dem aktuellen Hintergrund eines Krieges in Osteuropa, der viele Gefahren birgt, militärisch zu eskalieren, wird hier einmal zusammenfassend an das engagierte und nachhaltige Bemühen zahlloser Menschen an vielen Orten Deutschlands und in einigen Nachbarländern erinnert, durch DENK-Mäler für Deserteure (und andere Opfer der NS-Militärjustiz) antimilitaristischen Protest zu vergegenständlichen, mit denkanstößigen Mahnmälern zur Verweigerung von Militär- und Kriegsdiensten einzuladen, für zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltfreiheit zu werben.

Denkanstößige Mahnmäler

Wie ist es zu Deserteur-DENK-Mälern gekommen? Vor gut 40 Jahren, Anfang der 1980er-Jahre, drängte sich im Zuge friedensbewegter Aktivitäten, auch damals gegen noch mehr Rüstung, die Frage auf, warum tausende von Städten und Gemeinden die Soldaten beider Weltkriege mit vielgestaltigen „Ehrenmälern“ würdigen, nirgendwo aber derjenigen öffentlich gedacht wird, die sich der staatlich erzwungenen Mitwirkung in Kriegen widersetzt oder entzogen haben?

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

Jedes Deserteur-DENK-Mal ist ein Antikriegsimpuls

Je mehr darüber nachgesonnen wurde, desto drängender stellte sich die Aufgabe, insbesondere das Schicksal derjenigen zu erhellen, die in der Wehrmacht fahnenflüchtig geworden waren oder wegen Kriegsdienstverweigerung, Wehrkraftersetzungs oder ähnlicher Delikte, z. B. Kriegsverrat, verfolgt, verurteilt und bestraft worden sind – letzteres meist zeitnah mit dem Tode.

Hinrichtungsorte waren vielfach noch bekannt, überlebende Opfer der NS-Militärjustiz demgegenüber nur in sehr überschaubarer Zahl. Gerade einmal drei Dutzend fanden sich zusammen, um 1990 die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. zu gründen. Mit Unterstützung befreundeter Wissenschaftler*innen, v. a. Historiker*innen, die zum Thema forschten, konnten die Opfer der NS-Militärjustiz in einer Art Selbstorganisation ihre politische Anerkennung und gesetzliche Rehabilitation einfordern, erstreiten und – in mehreren Stufen – von 1998, 2002 bis 2009 auch durchsetzen. (3)

Diesem Kampf begleitend war viel Aufklärungsarbeit zu leisten, um überkommene Vorbehalte und Legenden, angefangen von der „sauber gebliebenen

Regimes gebührend an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Versuche einzelner überlebender Opfer der Wehrmachtjustiz, Bestrafung ihrer Verweigerung im Kriegsdienst der Wehrmacht oder im Strafbataillon rechtlich anerkennen und als Widerstandshandlung entschädigen zu lassen, waren zuvor regelmäßig abgewiesen worden: Verweigerung wurde zwar rechtlich als „Schwächung der Wehrkraft“ gewertet, zählte aber nicht als Beitrag, der „der NS-Gewaltherrschaft nennenswert Abbruch“ getan, geschweige denn „zur Erschütterung oder Abmilderung ihrer schlimmen Folgen“ geführt hätte. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte 1961 höchststrichlerweise geteilt, eine Widerstandshandlung „*muß ... nach ihren Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch zur Beseitigung des bestehenden Unrechtszustandes gewertet werden können, der einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich trägt...*“ (6) So wurden persönliche Traumatisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von Opfern der NS-Militärjustiz auch rechtlich bekräftigt. Die von Heinrich Boll 1953 gestellte Frage „Wo sind die Deserteure?“

Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen zusammengeschlossen waren. Bedrohung der Zukunft lenkte den Blick auf die Vergangenheit. „Mit der Forderung, der Deserteure zu gedenken, wollten die Initiatoren eine Diskussion über Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Gang setzen.“

(8) Mit der Ablehnung von Befehl und Gehorsam für militärische Zwecke verband sich die Fürsprache für Abrüstung, Entspannung und friedliche, zivile Streitbeilegung. Desertion vermochte beides zu symbolisieren: Ungeachtet der Motive war jede Desertion ein selbstbestimmter Akt des Ungehorsams, der die Mitwirkung am Angriffskrieg und Vernichtungskrieg verweigerte, dadurch zugleich die Wehrmacht schwächte und – zumindest implizit – auf Waffenverzicht, auf ein Ende des Krieges und ziviles Leben orientierte. „Mit und Zivilcourage einzelner, gegen den Krieg anzugehen und sich zu verweigern“, wurden – später zusammenfassend – als „wirkliche Kehrseite nationalsozialistischer Kriegsverherrlichung“ gesehen. (9)

Diese positiven Zuschreibungen und der Einsatz für das Gedenken an diese NS-Opfer stießen zunächst auf heftigsten Widerspruch, vor allem aus den Reihen der damals noch großen Zahl jener, die wähten, als ehemalige Wehrmachtsoldaten gehorsam und treu ihre Pflicht getan zu haben. Eingedenk der sog. Ehrenerklärung

Adenauers, der „alle Waffentragende unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben“, 1952 anerkannt hatte, um westdeutsche Streitkräfte auch mit Personal aus der Wehrmacht wieder aufzubauen, fühlten sich auch viele Angehörige der Bundeswehr durch Denkmäler für Deserteure provoziert und zu öffentlichem Widerspruch herausgefordert.

Denkmäler trotz Gegenwind

Den Auftakt bildeten der wissenschaftlich fundierte Einsatz und Kampf für eine Gedenktafel „Zur Erinnerung an die Kasseler Soldaten, die sich dem Kriegsdienst für die national-



Gedenktafel für Deserteure in Westerland auf Sylt

Foto: G. Knebel

sozialistische Gewalt Herrschaft verweteten und dafür verfolgt und getötet wurden“, die am 4. Februar 1985 von der Kasseler Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde (und erst Jahre später angebracht werden

würdigen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken: „Es soll ein Ort entstehen, der zur Reflexion anregt über Humanität, Toleranz und Mitmenschlichkeit. Der Ort soll dazu ermutigen, für seine Überzeugungen und ein fried-

Mit der Ablehnung von Befehl und Gehorsam für militärische Zwecke verband sich die Fürsprache für Abrüstung, Entspannung und friedliche, zivile Streitbeilegung. Desertion vermochte beides zu symbolisieren

komte). Es folgte das „Bremer Deserteur-Denkmal“, ein Kopf mit Stahlhelm und Tarnnetz auf einem Betonsockel mit der Aufschrift „Dem unbekanntem Deserteur. Reservisten verweigern sich“, das 1987 zu Debatten im Bremer Landesparlament, zu Bundestagsanfragen und zum Verlangen des Bundesministers der Verteidigung führte, die Skulptur aus dem öffentlichen Raum entfernen zu lassen.

Von da an entstanden an vielen weiteren Orten Initiativen und DENK-Mäler, die jeweils ihre ganz eigene Geschichte haben. Viele lokale Initiativ-Materialien und -Veröffentlichungen geben darüber Auskunft, wissenschaftliche Arbeiten informieren teils detailliert, teils kursiv über bis heute mehr als 40 errichtete Deserteurdenkmäler. (10)

Das an unübertrefflich prominenter Stelle in Wien platzierte Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz (11) konnte im Oktober 2014 mit breitem politischen Konsens, aber dennoch gegen wahrnehmbaren Widerstand durchgesetzt und eröffnet werden. Der am 24. November 2015 in Hamburg feierlich vom damaligen Bürgermeister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz eingeweihte Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz (12) gründete politisch auf einem einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft aus dem Jahr 2012, um diese lange unberücksichtigt gebliebene NS-Opfergruppe zu

bedingliche Gedenkorte mögen das verdeutlichen. So wurde im Februar 2020 in Westerland auf Sylt eine Gedenktafel errichtet, die an die dort hingerichteten Opfer der Wehrmachtjustiz dauerhaft erinnert: Nachfolgende Aktivitäten, und am Ort der Opfer-Gräber auf dem Friedhof zu vervollständigen und so die Orts- und Ortshistorie transparenter zu machen, sind gegenwärtig noch „in Arbeit“. (15) Ähnliches gilt für die Gestaltung eines würdigen Gedenkortes, der baldmöglichst in Augsburg-Haunstetten entstehen soll. Anlässlich der Umgestaltung eines alten Schießplatzes, der in der NS-Zeit Hinrichtungsort für mindestens

26 Wehrmachtsoldaten wie auch für ungezählte weitere NS-Opfer war, ist der örtliche Kulturkreis initiativ geworden, um gegen drohenden Verlust örtlicher Geschichte und Erinnerung Stellung zu beziehen. (16) Insoweit konkretisieren und verdeutlichen beide Beispiele den hier festsitzhaltenden wissenschaftlichen Befund: Der Symbolgehalt von Deserteurdenkmälern ist und bleibt „Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen, in denen die (anti-)militaristischen und neuerdings zivilgesellschaftlichen Implikationen für die heutige Gesellschaft ausgelotet werden.“ (17)

Günter Knebel
Bremen

Anmerkungen:

- (1) Olaf Scholz am 27.2.2022 im Bundestag, Plenarprotokoll 2019, Seite 1350 A
- (2) Ebda, S. 1354 C
- (3) Wolfram Wetz, 2004 und Jan Korte, 2011
- (4) Manfred Messerschmidt/Fritz Willner, 1987
- (5) Marco Dräger, 2017, und Stefan K. Treiber, 2021
- (6) Urteil vom 14. Juli 1961, AZ IV/ZR 71/61, S. 9
- (7) Marco Dräger, essentials 2018, S. 1
- (8) Ebda, S. 12
- (9) Stefanie Eulich, 2014, S. 23
- (10) Franz Alton u. a. (Hrsg.) 2016
- (11) Claudia Bader u. a. (Hrsg.) 2019
- (12) Barbara Kossler bei der Grundsteinlegung
- (13) Anika Kosfeld, 2021, S. 50
- (14) Anika Kosfeld, 2021, S. 50
- (15) Sylter Nachrichten v. 30.11.2022
- (16) Augsburg Allgemeine v. 17.12.2021
- (17) Anika Kosfeld, 2021, S. 46

In der Onlinefassung des Artikels finden sich die vollständigen Anmerkungen mit ergänzenden Literaturhinweisen.